



Tankstellen in Luxemburg

HAROLD TITTEL / DPA

Benzin

Neue Spritsteuer für alle

In der EU-Kommission gibt es Unterstützung für Schäubles Plan.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bekommt für seinen Vorstoß, zur Finanzierung der Flüchtlingskrise europaweit eine zusätzliche Abgabe auf Benzin einzuführen, Unterstützung aus der EU-Kommission. „Eine Benzinsteuer, auf nationaler oder europäischer Ebene, könnte eine mögliche Finanzierungsquelle sein, besonders wenn man bedenkt, dass der Ölpreis derzeit historisch niedrig ist“, sagt der Vizepräsident der EU-Kommission Valdis Dombrovskis. „Ich stimme mit Minister Schäuble überein, dass wir innovative europäische Ansätze brauchen, um die Flüchtlingskrise zu bewältigen.“ Die dazu notwendigen Maßnahmen, wie etwa eine bessere Sicherung der europäischen Außengrenzen, seien allerdings kostspielig, so der Vizepräsident. Der

Lette, der in der EU-Kommission für Währungsfragen zuständig ist, ließ zudem eine gewisse Präferenz für eine europaweite Steuer erkennen. „Sicherheit im Angesicht der Krise für die Bürger ist ein öffentliches Gut, für das Europa idealerweise gemeinsam sorgen sollte“, sagte er. Schäuble hatte in den vergangenen Monaten die Einführung einer Benzinsteuer gefordert, war damit allerdings auf breiten Widerstand gestoßen, da unter anderem die deutsche Mineralölsteuer schon genug Belastung sei. In der Union ist die Idee auch vor dem Hintergrund der anstehenden Landtagswahlen im März umstritten. Vor allem CDU-Vizechefin Julia Klöckner, die Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz werden will, hatte Schäubles Vorstoß abgelehnt. mp

Stasi-Unterlagen Verschwendung?

Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, ist ins Visier des Bundesrechnungshofs geraten. Die Prüfer sind auf eine ihrer Ansicht nach unzulässige Anzahl von Überstunden der Pressesprecherin der Behörde, Dagmar Hovestadt, gestoßen. Die Vergütung sei ohne belastbare Nachweise erfolgt und derart umfangreich, dass sie das Gehaltsgefüge der Einrichtung verändert habe. Dazu erklärt die Behörde, die Überstunden der Pressesprecherin seien dienstlich notwendig gewesen und einem sehr hohen



Aktenschnipsel

SOEEN STACHE / PICTURE ALLIANCE / DPA

Arbeitsaufkommen geschuldet. Man habe sie nach rechtlicher Prüfung angeordnet. In der verwaltungstechnischen Umsetzung sei es jedoch zu verschiedenen Fehlern gekommen. In einer an-

deren Prüfung warnte der Rechnungshof vor unkalkulierbaren Kosten bei der Rekonstruktion zerrissener Stasi-Akten, die in rund 15 000 Säcken lagern und mithilfe von Scannern und einer

Puzzle-Software automatisiert zusammengesetzt werden sollen. In acht Jahren seien lediglich Schnipsel aus 23 Säcken digitalisiert und der Inhalt von 11 Säcken rekonstruiert worden, die Kosten belaufen sich auf etwa 14 Millionen Euro. Laut Rechnungshof „besteht keine verlässliche Perspektive, mit der vorhandenen Technologie den Gesamtbestand der zerrissenen Unterlagen in absehbarer Zeit und zu überschaubaren Kosten wiederherzustellen“. Die Behörde erklärt dazu, man habe die Hinweise des Rechnungshofs aufgegriffen und ein Konzept zur möglichen Weiterführung des Projekts entwickelt. stb